

Zugeszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostschlesien

[illegible]

1. Հանրագոյ

Dresden, Montag den 17. August 1925

Nummer 106

Stinnes verschenkt seine faulen Aktien

Der Schiedspruch im Baugewerbe abgelehnt — Kampfstimmung bei den Dresdner Bauarbeitern

Unglaubliche Verhöhnung der Arbeiter

Berlin, 17. August. (Eig. Drahtbericht.) Edmund Stinnes, der aus dem Stinneskonzern ausgeschiedene Haus-
staltung der Aga in Berlin-Lichtenberg (A.-G. für Auto-
mobilbau), hat am Freitagabend dem Aga-Betriebsrat
einen Entschluss mitgeteilt, die Hälfte seines Aktienbesizes
der Aga-Belegschaft gestückweise zu übergeben. Die
Aga braucht über dieses geplante, wirklich großzügige Ge-
schenke, wie der „Vorwärts“ die Sache betitelt, nicht auf
den Reim zu stehen, denn der Großindustrielle Edmund
Stinnes ist weder verrückt, noch Kommunist, noch Sozial-
demokrat, noch ein zweiter Abbé-Tena geworden.
Die Situation des Edmund Stinnes und sein Mandat
hat folgenden Charakter. Nach Ausschreibung des Edmund
aus dem Stinneskonzern steht das seinerzeit gebildete Bank-
konkordat im schärfsten Kampf mit ihm und verweigert
ihm jeden Kredit; das Konkordat möchte wohl auch die
Finanzmajorität der Aga schließen. In der Erklärung des
Edmund Stinnes heißt es darüber: „Die Fügung des
Bankkonkordats steht auf dem Standpunkt, daß ihr die
Finanzgesellschaft völlig gleich sei, und überläßt es der
Finanzgesellschaft für Automobilbau, ihre Forderungen
gegen Hugo Stinnes im Prozeßwege geltend zu machen.
Damit kann man selbstverständlich keine Löhne bezahlen
und 8–10.000 Arbeiter- und Angestelltenfamilien drohen
der Arbeitslosigkeit anheimzufallen, trotzdem das Unter-
nehmen fast voll und weit besser beschäftigt ist, als die
überwältigende Mehrzahl der deutschen Unternehmungen
gleicher und anderer Branchen.“

Wie haben es also mit einem der im Zeitalter des monopolistisch-imperialistischen Kapitalismus typischen Fälle eines erbitterten Ringens zwischen Kapitalisten um die Verfügungsgewalt über Produktionsanlagen samt der dazu gebotenen menschlichen Arbeitskraft zu tun. Im Gegenjag zu Kautskys Formel geht auf dieser kapitalistischen Entwicklungsstufe, auf der der Kapitalist nicht mehr Unternehmer, sondern nur Besitzer ist, der Konkurrenzkampf zwar in anderen Formen, aber in noch gesteigerter Schärfe weiter, ganz gemäß der marxistischen Formel: „Ein Kapitalist behält den anderen tot.“ Um von den Banken nicht tadeln zu lassen zu werden, macht Edmund Stinnes kein Hehl, dessen Zweck er selbst mit den Worten andeutet: „Ich hoffe, daß, nachdem nun eine Majorität (Aktionärschaft) meinerseits bei der Aktiengesellschaft für Automaten nicht mehr vorliegt, dieses Unternehmen die erforderliche Unterstützung erhält.“

Der liegt der Hase im Pfeffer. Edmund Stinnes will mit der Abgabe der Hälfte seiner Aktien eine Kapitals-

fromme Wertgemeinschaft gründen, die ihm auf den Sprung helfen soll. In seiner Not wiederholt er seines Vaters erfolgreiches Manöver von 1918 in kleinem Maßstabe; der alte Hugo Stinnes ging zu den Legionen, bot ihnen die Hälfte, oder vielmehr den Schein der Staatsmacht an und machte mit ihnen in nationalem Maßstabe die Wertgemeinschaft als Lebensversicherung des Kapitals gegen die Revolution. Der junge Stinnes bietet die Hälfte der Agas-Aktien und macht im Betriebsmaßstab die Wertgemeinschaft, um sich vor dem Konkurs der Agas zu retten. Die Belegschaft der Agas soll ihm zuverlässiger als Sturmbock für die Erlangung von Krediten dienen. Ingefall soll dies „großzügige Geschenk“ eine großzügige Geschäftserfolge darstellen.

Ueber die Stellungnahme des Aga-Betriebsrats liegt am Samstagabend noch keine endgültige Meldung vor. Der Betriebsrat ist sich bewußt, daß hier Vorzicht am Platze ist. In welcher Weise hier eine werksgemeinschaftliche und betriebsagilitische Lösung verhindert und etwa eine für die gesamte Arbeiterklasse annehmbarere Lösung gefunden werden kann, steht noch dahin. Da man es hier mit einem für das ganze arbeitende Deutschland lebenswichtigen Problem zu tun hat, schaut die ganze Arbeiterklasse auf die Belegschaft und den Betriebsrat der Aga. Der Aga-Betriebsrat, einer von denen, die sich voll und ganz hinter das kommunistische Aktionsprogramm gegen die Jobbittartreue gestellt und in diesem Sinne seinerzeit einen Aufruf an das Proletariat gerichtet hat, ist entschlossen, nicht auf eigene Faust, sondern in Verbindung mit den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen zu operieren. Im Jahre 1925 ist nicht mehr anzunehmen, daß eine Belegschaft im arbeits- und werksgemeinschaftlichen Sinne sich von einem Glied der Ausbeuterklasse übers Ohr haufen lassen wird.

Der Fall Aga zusammen mit dem siegreichen roten Freitag "in England kann und muß der deutschen Arbeiterklasse außerordentlich wichtige, theoretische und praktische Lehren erteilen, die ihr helfen könne, ihr organisierte Kraft zu sammeln und zu steigern. Der Gewerkschaftsstrom geht nicht ohne das Problem der sogenannten Wirtschaftsdemokratie aus, wird auf ihm eine große Rolle spielen, da die reformistischen Führer es wollen. Der Fall Aga als Einzelfall dieser Parole gegenüber — gleichsam in der Rhetorik des Laboratoriums — das Problem der proletarischen Produktionskontrolle im nationalen Maßstab, der Kontrolle über den Produktionsapparat dieses Landes, in lebhafterer Größe vor den Arbeitern aufstellen.

Die Dresdner Bauarbeiter gegen den Schiedspruch

Am Sonnabend haben die Dresdner Bauarbeiter, wie uns mitgeteilt wird, mit überwältigender Mehrheit in einer außerordentlich stark besuchten Versammlung den vom Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedsspruch abgelehnt. Die Versammlung der Bauarbeiter, über die wir noch näher berichten werden, war von einem außerordentlich guten Kampfsitzgeiz bezeugt. Ebenso wie die Dresdner Bauarbeiter den Schiedsspruch ablehnen, kommt heute die Meldung aus allen Teilen des Reichs, daß die im Streik stehenden Bauarbeiter den Schiedsspruch als eine glatte Verhöhnung ihrer berechtigten Forderungen abgelehnt haben. Der Gewerksbund und der Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter in Chemnitz und die Zimmerer in Berlin haben einstimmig die Fortführung des Streiks beschlossen.

Der Kampf geht also weiter.

Der Schiedsspruch bringt für die Dresdner Bauarbeiter nicht nur keine Aufbesserung ihres Lohnes, sondern bedeutet für sie eine erhebliche Verschlechterung der bisherigen Löhne. Es ist hier festgestellt, daß von denjenigen Unternehmungen, die bisher am Streik und der Aussperrung nicht beteiligt waren, Löhne gezahlt worden sind, die um 20 bis 25 Pf. für die Mauer und für die Hülfsarbeiter über den durch Schiedsspruch festgelegten Lohn hinausragen. Soweit uns bekannt ist, haben die Boten der Bauarbeiterorganisationen beschloffen, ihren Mitglie dern zu empfehlen, diesen Schiedsspruch abzulehnen. Das ist in den bisher stattgefundenen Versammlungen auch erfolgt. Wie wir erfahren, werden heute morgen die Zimmerer von Hoch-Dresden ebenfalls zu diesem Schiedsspruch Stellung nehmen. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß, nachdem die Bauarbeiter in einer glänzend verlaufenen, von Kampfstimmung getragenen Verammlung diesen Schiedsspruch abgelehnt haben, auch die Zimmerer ebenfalls für die Fortführung des Streiks aus sprechen werden.

Bezeichnend für das ganze Schlichtungswesen und für den vorliegenden Schiedsspruch für das Baugewerbe sind die Verhandlungen vor dem Schiedsgericht. Der Kammergerichtsrat **Schulmann** als Vorsitzender hatte scheinbar schon vor Beginn

der Verhandlungen den Schlichterspruch in der Tasche. Anstatt einen Fezitz nach dem anderen zu behandeln, wurde alles durcheinander gequatscht. Richtgebend für den Bauarbeiterlohn waren nicht die Räte des Bergwerkes, sondern die Industriearbeiterlöhne in den einzelnen Fezitzern. Die Schwerindustrie hatte extra zur Wahrung ihrer Interessen einen Vertreter des Eisenwerkskongresses in das Schlichtsgericht entsandt. Hansmann war so uninteressiert an dem Gerede der Gewerkschaftsvertreter, daß er am Donnerstag abends um 9 Uhr die ganze Gesellschaft unter sich ließ, und ankraft die Verhandlung zu leiten, sich ins Kasino des Arbeitsministeriums begab, um ein paar Gläs Bier zu genießen.

Zwei Tage lang haben die Vertreter der Bauarbeiter der verschiedensten Parteien die Forderung der Bauarbeiter geschildert. In wenigen Stunden wurde am Freitag vormittag nach dem Befehl der Schlichtungskommission der von uns bereits veröffentlichte Schiedsspruch gefällt.

Der Schiedspruch ist kein Verhandlungsergebnis,
sondern das Diktat der Schwerindustriellen.

Die Löhne der Bauarbeiter sollen niedrig gehalten werden, damit die Schwerindustrie die Löhne der Gesamtarbeiterchaft weiterhin unter das Existenzminimum drücken kann. Es zeigt sich immer deutlicher, daß der Kampf der Bauarbeiter ein Kampf der Gesamtarbeiterchaft ist. Von dem Ergebnis des Bauarbeiterkampfes, vom Siege der Bauarbeiter oder von ihrer Niederlage werden die Lohnverhandlungen und die Tarifabschlüsse der übrigen Industriearbeiter in den nächsten Wochen und Monaten stark beeinflusst werden. Das wird sich zeigen bei den Verhandlungen in der chemischen Industrie, die in den nächsten Tagen stattfinden. Das wird seine Auswirkung haben bei den vom Reichsarbeitsministerium veranlaßten Einigungsverhandlungen in der Textilindustrie. Der Ausgang des Bauarbeiterkampfes wird seine Schatten vorauswerfen auf die Gestaltung der Löhne in der Metallindustrie, in der die Kämpfe um höheren Lohn im Dezember wieder entbrennen. In dem Kampfe der Bauarbeiter muß die übrige Arbeiterchaft den lebhaftesten Anteil nehmen. Arbeiter! Unterstützt die kämpfenden Bauarbeiter! **Ueßt praktische Solidarität!**

Gold statt Brot!

Das Ergebnis der Bundesauschüttung im VDBB.

In einer ernsten Situation für die Arbeiterschaft trat der Bundesausschuß des ADGB. diesmal zusammen. Eine von Tag zu Tag steigende Teuerung plündert den Arbeiterhaushalt aus; immer mehr verstärkt sich der Druck der Unternehmer-Offensive gegen Lohn und Arbeitszeit. Die Bürgerdiö-Regierung hat sich nunmehr völlig unverhüllt dem Ausbeuterlager angeschlossen und beginnt bereits offen gegen die freien Gewerkschaften vorzugehen. Das Ergebnis der mehrstägigen Beratung über die Aufgaben, die diese Situation stellt, ist niedergelegt in einem kurzen Bericht und einer kurzen Resolution des Bundesausschusses, die der „Vorwärts“ veröffentlicht. Nach neben Jahren Revolution kommen in diesen Auslassungen die Führer des ADGB. zu der Erkenntnis, daß die Unternehmer nicht die Interessen des „Volkes“ oder gar der Arbeiter wahrnehmen, sondern ihre eigenen. Wahrlieh eine späte Einsicht. Eine ebenso verspätete Erkenntnis, wie die Wahrnehmungen, daß „der Reichskanzler Dr. Luther und die jetzige Regierung das gewinnflüchtige und eigennützige Nachstreben des Unternehmertums begünstige“. Die Protest-Resolutionen der Gewerkschaften seien nicht beachtet worden (haben die ADGB.-Führer vielleicht etwas anders erwartet?), und die „amtlichen Schlichtungsstellen berückichtigen vielfach die Unternehmerwünsche in der einseitigsten Weise“.

In dem Bericht wird erklärt, daß es doch zwecklos sei, „durch fruchtlose Verhandlungen über Preiserhöhungen“ die soziale Lage der Arbeiter zu bessern und daß dieser Kampf in Zukunft nur durchgeführt werden müsse, „durch eine durchgreifende Lohnpolitik“. Wir haben von den Gewerkschaftsleitungen auch schon andere Töne gehört. 1924 in der Umstellungszeit von der Inflation auf die stabile Währung als ein Kampf gegen die Teuerung infolge der Umstellung nur zu führen war durch Lohnerhöhungen. Damals hauten die Gewerkschaften diese Theorien über eine „Aktion für Preiserhöhungen zusammen. Heute ist die Lage ganz anders. Der Kampf gegen die Teuerung ist gleichbedeutend mit einem Kampf gegen den Zoll- und Steuerwucher der Bürgerblock-Regierung. Dieser Kampf kann aber nur geführt werden mit der Einsetzung der ganzen politischen und sozialen Macht der Gewerkschaftsbewegung. Von einer solchen Aktion gegen die Teuerung haben wir aber vom ADGB. noch nichts gehört. Im Gegenteil: Nachdem nunmehr unter Bergewaltigung der Versammlung die Zollvorlagen von den Bürgerblock-Parteien angenommen sind, erklärt die SPD., daß nunmehr der Kampf gegen den Zollwucher vorläufig beendet sei und man zunächst zwei Jahre warten müsse.

Nun gut, die ADGB-Führer wollen also die Lenierung nicht durch Preisabbauaktionen, durch außerparlamentarische Aktionen gegen den Zoll- und Steuerwucher, sondern durch eine Erhöhung der Löhne ausgleichen. Der Vorwärtsbericht spricht von einer „mit Radium durchgeführten Fortleitung des Kampfes um die Goldlöhne“. Und hier zeigt sich schon, welches die wahren Absichten der Gewerkschaftsleitungen sind. In der Inflation, als die Preise für Gold und Waren infolge der Geldentwertung von Tag zu Tag in die Höhe schwebten, leiteten die Gewerkschaftsführer einen Kampf um Goldlöhne ab, der allein die Folgen der Inflation von der Arbeiterschaft hätte abwenden können. Heute ist aber die Lage ganz anders. Die deutsche Währung beruht auf Goldgrundlage und der Goldpreis ist stabil. Nicht stabil, aber von Tag zu Tag steigend sind die Preise der Lebensmittel, der Miete, der Kleider usw. Wenn die Gewerkschaften sich also auf eine Stabilisierung des Goldlohnes festlegen würden und sie ertämpfen, so wäre damit nicht den Arbeitern gedient, sondern dem Unternehmerium. Die ausgezahlten Löhne würden zwar zahlenmäßig die gleichen bleiben, aber die Menge der Lebensmittel usw., die der Arbeiter dafür kaufen kann (der Reallohn) würde von Woche zu Woche sinken.

Gerade das ist es ja, was das Ausbakterium beschäftigt. Nicht durch eine scharfe Senkung der ausbezahlten Löhne, die doch nur in scharfen Kämpfen möglich wäre, sondern durch eine Verteuerung des Lebensbedarfs den Anteil der breiten Volksmassen am gesellschaftlichen Gesamtprodukt zu kürzen. Diesem großen gefährlichen Unternehmen, mit dem die deutsche Reaktion das wertvolle Volk bedroht, dienen für die ganzen Maßnahmen, die jetzt hin im Reichstag durchgeprüft wurden, was es sich um die Zollvorlage handelt, um die Steuern über andere Übergeschäfte. Der ADGB sucht einer neuen Aufstellung des Problems aus dem Wege zu gehen und

China-Kongreß der ZMG. in Berlin

Vorher ist doch die Lohnfrage für die Arbeiterklasse gar nicht so wichtig eingesehen. Nicht Goldlöhne ist das Problem, sondern das Brot, das Fleisch, die Schuhe, die Wohnung, die Kleidung usw., die sich der Arbeiter dafür kaufen kann. Welchen Reallohn erhält der deutsche Proletarier heute und welchen Reallohn erhielt er vor dem Kriege, das ist die große Frage. Die Feststellung der Teuerung durch eine von den Gewerkschaften durchgeführte Berechnung des Real-Lohns und die Forderung und Durchsetzung der Kriegsreallohne auf Grund dieses Index, das ist die Aufgabe, die die heutige schwere Situation den Gewerkschaften in der Lohnfrage stellt. Warum das Problem auf so demagogische Weise verhandelt wird, ob mit bewusster Absicht oder aus Unfähigkeit, die wirkliche Lage zu begreifen, mer kann es sagen.

Die Frage des Lohnkampfes hat nämlich heute ein ganz besonderes Gesicht. Die Unternehmerparteien haben nicht dazu ihre Zoll- und Steuererlagen durchgesetzt, damit die Arbeiterschaft die daraus resultierende Erwerbssteigerung durch entsprechende Lohnerhöhungen ausgleicht, sondern um im Gegenteil die gleichbleibender Lohnhöhe durch steigende Preise die Reallohn zu schmälern. Auf diese Weise verliert sie, die Kosten der Daseinsicherung und der schwierigen Wirtschaftslage auf die breiten Volksmassen abzuwälzen. Die Aufgabe bei diesen Absichten der Unternehmer und der gegenwärtigen Wirtschaftslage, die Reallohn zu halten und sogar noch auf die Vorkriegslohn zu steigern, wird damit zu einem politischen Problem. Nur dadurch könnte es den Gewerkschaften möglich sein, im Lohnkampf Erfolg zu erzielen, wenn sie ihre ganze politische und soziale Macht in die Waagschale werfen, so daß die Unternehmer betörtet müssen, daß bei Fortsetzung ihrer Offensiven Kämpfe entbrennen, die zu einer klaren Radikalisierung der Arbeitermassen und zu einer Steigerung des politischen Einflusses des Proletariats führen. Einen anderen Weg, das Lohnproblem im Sinne der Arbeiterschaft zu lösen, gibt es für die Gewerkschaften nicht.

Wollen die Gewerkschaften diesen Weg beschreiten? Auf Grund ihrer Resolutionen können wir diese Frage mit einem glatten Nein beantworten. Nachdem sie festgestellt haben, daß Unternehmertum und seine Bürokratie-Regierung eine Einheitsfront bilden, um gegen die Arbeiterkraft und das ganze werktätige Volk vorzugehen, nachdem sie weiterhin festgestellt haben, daß ein weiteres Steigen und ein schärferer Abbau der Arbeiterrechte noch bevorsteht, weiß der Bundesausschuß keinen anderen Rat an die Arbeiter und die angeschlossenen Gewerkschaften, als „sich fester denn je in den Gewerkschaften zusammenzuschließen, um in erfolgreichem Kämpfensolampfen die Grundlage ihres Lebens zu sichern“. Noch nicht einmal zu einer Drohung an die Bourgeoisie hat er sich aufgeschwungen, daß die Gewerkschaften in dem Kampf um die Erhöhung der Lebenshaltung des Proletariats gewillt sind, alle ihre Kräfte einzusetzen. Man kann im Gegenteil aus den Schlüssen der Resolution entnehmen, daß die Gewerkschaften gewillt sind, so wie bisher ihre ganze Kraft in kleinen Einzelaktionen zu verzettern. Diese Abicht der Gewerkschaftsführer dürfte dem deutschen Unternehmertum höchst willkommen sein, hat es doch damit die Gewißheit erlangt, daß sein Kampf um den Abbau der Reallohne von Erfolg gekrönt sein wird. Während die Arbeiter in Hunderten von Einzelabwehrkämpfen ziel- und planlos ihre Kraft und ihr Geld verausgaben, werden die Unternehmer nach sorgfältig ermogenem Plan zielbewußt ihre Offensive weiterführen. Wenn die eine Gruppe abgelenkt ist, werden sie zu einem Schlage gegen die andere ausfallen, und wenn sie diese ermüdet haben, wird es wieder gegen eine andere Arbeiterkraft gehen. Die Ausbeuter werden sich bei diesen Kämpfen gegenseitig unterstützen und auf das Sorgfältigste darauf achten, daß nicht mehrere dieser Bewegungen zusammenfließen zu einem großen Frontalabwehrkampf der Arbeiter, der den Ausbeutern politisch gefährlich werden könnte. In der Resolution des Bundesausschusses haben also die Gewerkschaftsführer den Unternehmern selbst den Weg zur Offensive gezeichnet.

Aber ganz so einfach wie die Gewerkschaftsführer und die Bourgeoisie sich den weiteren Verlauf der Dinge denken, wird es nicht gehen. Die Arbeiterklasse wird sich gegen den brutalen Angriff des Ausbeutertums zur Wehr setzen und wird die Gewerkschaftsleitungen zwingen, zur Abwehr der Verelendung und der Aushungierung des werktätigen Volkes die Massen zum Kampfe aufzurufen.

Zum Parteitag der französischen Sozialisten

Der gerade am 15. August begonnene Parteitag der französischen Sozialisten fällt in eine kritische Zeit. Kritisch ist die allgemeine wirtschaftliche und politische Lage Frankreichs, kritisch die in Marokko, kritisch in Syrien, kritisch ist das Problem der schwebenden Schulden. Kritisch ist die Situation im Einkauf. Besteht er noch, oder ist er schon futsch? Und kritisch ist die Lage in der Partei, es rumort in der Mitgliedschaft, die mit der Politik der Führer nicht mehr einverstanden ist.

Wird bei so viel „Kritiksem“ innerhalb und außerhalb der Partei — man könnte das alles natürlich eingehender spezifizieren — nicht auch dieser Parteitag „kritisch“ sein? Kritisch, d. h. eine Scheidung, eine Entscheidung so oder so, bringen?

Nein, so etwas braucht man bei dieser Partei der Zweiten Internationale nicht erwarten. Es wird etwas Theaterdonner gemacht werden, die vollstündigen Absagen werden schäumen und reifen, der Geist des großen Tribunen Jaurès wird noch fliegenden Epigrammen heraufbeschworen werden. Es wird alles nicht einmal in Jaurès' Sinne, sondern im Sinne der deutschen Reichsmänner, und sozialparteilich sein, wie es einer Partei der Zweiten Internationale ansteht.

Dah man sein lächerlich um die Klippen der wilden, aktuellen Probleme revolutionärer Arbeiterpolitik herumgondeln will, wird dadurch bewiesen, daß der Fall Borene Sozialisten als Kern- und Hauptstück auf der Tagesordnung steht. Man weiß, daß die Galetta mit dem „Türkentopf“ befaßten“, sagt Borene als „Gefühls-Geword in der „Humanität“, d. h. man „Türkentopf“ liefern, warum hat er sich zum Gouverneur von Indonien ernennen lassen, ohne die Partei zu befragen! Damit wird man das Problem einer revolutionär-proletarischen Bewegung der imperialistischen Kolonialsklammern der Bourgeoisie zu verwechseln.

Wisse für genügend „reife“ betrachten, nach dieser Handlung
schöne Worte nennen es die Franzosen — kann man sich jede
assonanzreiche, metaphorische, wirkliche Handlung füglich ersparen.
Worte wären sogar bereit, Barenne freizusprechen.“ meint Se-
cond, „wenn sie nicht den Protest von unten fürchten müßten“.
„Das Karriell“, der jungen Einfaßler, ging Nacht in die
Stadt. Einfeind — Briand — Gellhaus, die drei „Finken“,
ließen heute mit einer hochachtungsvollen ersten Kommerch-

Am 18. August tagte im Plenumsaal des Herrenhauses in Berlin der China-Kongreß der I. A. Das Wiederanwachen der revolutionären Bewegung in China hatte ein so großes Interesse für den Kongreß hervorgerufen, daß der Saal überfüllt war und einer großen Zahl von Besuchern keine Eintrittskarte mehr verabreicht werden konnte. Der chinesische Genosse Tchang Bed Chung sprach, nachdem er einen Überblick über die Geschichte Chinas gegeben hatte, über die sozialen und wirtschaftlichen Ursachen der Aufstandsbewegung. In dem starken Zurückgehen der Reisananpflanzung, an deren Stelle die Anpflanzung von Baumwolle und Tabak getreten ist, sieht er die Ursache der sich von Jahr zu Jahr mehrenden Hungersnöte. Er wies ferner darauf hin, daß die zunehmende Kapitalisierung Chinas die Bauern zwingt, die Dörfer zu verlassen und in die Städte als Lohnflakken zu gehen, um so der grausamen Unterdrückung und Ausbeutung durch das auswärtige Unternehmertum ausgeliefert zu werden. Er sprach von der Kapitalisierung Chinas, von der brutalen Ausbeutung der Kinder in den Textilindustrien und Zündholzfabriken, wo Männer, Frauen und Kinder 12 bis 16 Stunden ohne Sonntagsruhe — Sonntag gibt es in China nicht — das ganze Jahr für einen minimalen Lohn arbeiten müssen.

Ernst Meier sprach von der immer stärker werdenden Beteiligung der chinesischen Arbeiterschaft an den Sezessionskämpfen. Die Formen des Kampfes, welche im Kontext japanischer und englischer Waren, in Propaganda der Professoren und Studenten, in Notizen der chinesischen Regierung an die imperialistischen Regierungen bestehen, bekommen erst den stärksten Nachdruck durch die immer mehr sich ausdehnende Streikbewegung, die in den letzten Wochen sogar zur Stilllegung der englischen Seilandschaft in Peking geführt hat. Die Reaktion der imperialistischen Staaten, welche in militärischen Machtmitteln besteht, wird auf die Dauer keinen Erfolg haben. Die wirtschaftliche Entwicklung Chinas drängt nach nationaler Selbständigkeit. Die Befreiung Chinas bedeutet die stärkste Schwöhung des Weltimperialismus.

Genosse Münzberg wies darauf hin, daß während die linken Gruppen der Arbeiterbewegung eine klare Stellung gegenüber dem chinesischen Freiheitskampf genommen haben und die Streikenden tatkräftig unterstützen, so sei eine Million Goldmark aufgebracht worden, nahmen die Mittelgruppen, die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, keine Stellung. Obwohl die chinesischen Gewerkschaften Amsterdam um Unterstützung gebeten hätten, hatten diese immer wieder Ausflüchte gebraucht. Es läge im ureigenen Interesse der europäischen Arbeiterkraft, die chinesischen Arbeiter zu unterstützen, denn die niedrigen

heißt. „Rechts“ ist nie durch ihr Tun, ganz eindeutig rechts, daran ändern die „linken“ Urteilen, die mehreren Parteipolitikern noch anhaften, effektiv gar nichts.

Krieg „Jahqu“ an Bau!“ — bis zum Sieg! — das ist heute die Parole selbst der „Radikalsocialisten“. Auch el Krim soll vernichtet werden; blühende Kade für die Niederlage in Syrien; „Frankreich“ ihre Recht auf dem Spiel!“

Die Co. Lizen haben weder den Mut noch den Willen, gegen die im Straß zu schwimmen. Sie werden es drun- ter laßt heute ein platonisches Protektion bewenden lassen. Denn auch der Druck „von unten“ nicht stark genug, um die Se- natsräter zum Handeln zu zwingen, oder sie völlig als Lakaien der imperialistischen Ausbeuter zu entlarven.

Die Probleme der Zitation und der proletarischen Einheitsfront werden zwar viel besprochen werden auf diesem Kongress, aber die Herren werden alles in labolieren wijien, was wirtlich im Interesse des Proletariats liegt, weil sie vor wirtlich revolutionären Verfehrungen und Maßnahmen sich wie vor dem Teufel fürchten.

Das Problem des Garantiepatentes, diesen Brennpunkt und Schnittpunkt, in dem sich alle Linien proletarisch-revolutionärer und bourgeois-reaktionärer Völsitt heute schneiden, sehen diese Sozialpatrioten nur durch die Brille der französischen Bourgeoisie an. Genau so wie die Herren Breitscheid, Kohn und Kompagnie an diese Dinge in Deutschland mit kapitalistischer, kapitalistischer Brille blicken.

ber man wird der "Robinet Pointen" die Unterstützung entziehen". Darüber ist der Pointen nur lachend -- er kündigt sich an, er kündigt nicht mehr an die Felder. Also auch eine leere, nichts sagende "Seite", nur bereichert, die Arbeiter zu belügen und zu betrügen. Der Vergleich mit der Schwindelkastell der SPD, im deutschen Jollikauf liegt auf der Hand. Weber wurden die Leon, Blum, Turlet und Renaudel, noch werden die Welsch, Ripin, Paul Leon wirklich den Kampf aufnehmen. Weber die men noch die anderen werden ins Volk gehen, d. h. vom persönnlichen Parlament der Bourgeoisie ausziehen und den Massen

gen die Reaktion in die Gewerkschaften, in die Klaffen, in den
etried und auf die Straßen tragen. So „revolutionäre“ Dinge
werden doch die gefitteten Kleinbürgerparteien der gefitteten
welten Internationale der Sozialpatriten und Arbeiter-
nicht begeben. „Wohlfahrtsausschüsse“ verlangen die Ka-
talen. Das klingt endlich „rrrevolutionär“, erinnert es
an die große französische Revolution. Tempi passati —
die Zeiten sind vorbei! Warum so antiquarisch? Weil man
mit den Kleinbürger figelt. So tämpt ja auch in Deutsch-
land die SPD. für die alten Kleinbürgerfarben Schwarz-Rot-
Gold. Man will damit in Frankreich nur der wahren Parole
Arbeitervertreter“ ausweichen.

Wir dürfen also für die revolutionäre Arbeiterbewegung in diesem französischen Sozialistenparteiitag, trotz der kritischen Wirkung des Augenbisses, rein nichts, auf keinen Fall etwas Gutes, erwarten. Leere Phrasen, schöne Gesten, Lügen und Arbeiterbetrug, das wird das „Volkstipe“ sein.

Das Dames-Budget

Berlin, 17. August. (Eigene Drahtmeldung.) Die Gesamtannahme an Steuern und Zöllen im Juli beläuft sich auf 712,6 Millionen Mark. Nach Berechnung der den Steueragenten verpfändeten Zölle und Steuern verbleiben 689,5 Millionen Mark. Das sind 146 Millionen Mark mehr als im Juni 1925. Die Ausgaben im Juli betragen 629,7 Millionen Mark, es ergibt sich also für Juli ein Ueberschuß von 62,9 Millionen Mark.

Neues Todesurteil in Gofia

Berlin, 17. August. Der „Montag“ meldet aus Sofia: In dem Sofioter Espionageprozeß hat das Kriegsgericht das Urteil gefällt. Blabimir Blajoff wurde zum Tode, sieben andere Angeklagte, darunter Dr. Jantoff und der Rechtsanwalt Georgicoff, bis zu 15 Jahren Kerker verurteilt. Es wurde als erwiesen an-

Löhne, welche die Kulis in der chinesischen Industrie erhielten, brachten auch die Löhne der europäischen Arbeiter in Gefahr. Der Kuli muß aufhören, ein Kuli zu sein, er muß ein organisierter Arbeiter werden, der im engen Bund mit dem europäischen Arbeiter gegen die Kapitalisten kämpft. Er brachte eine Resolution ein, deren letzter Absatz an die zurzeit tagende Amsterdamer Gewerkschaftsversammlung abgefaßt werden sollte, um den Antrag der norwegischen, italienischen und englischen Gewerkschaften, welche sofortige Hilfeleistung für die chinesischen Streikenden, fordern, zu unterstützen und die Amsterdamer Internationalen zu zwingen, aktiv in den Kampf einzugreifen.

Die nachstehende Resolution wurde dann einstimmig angenommen, der festgedruckte letzte Satz telegraphisch an die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale abgesandt.

Entfickung.

Die überaus zahlreich zu dem Kongreß „Gegen die sozialen Krisen und von den verschiedensten Parteien und Organisationen begrüßten die tatkräftige Initiative der Internationalen Arbeiterhilfe zur Durchsetzung einer einheitlichen, praktischen Hilfspolitik für das am wenigsten entwickelte Volk.

Der Kongress begrüßt auf das wärmste die persönlichen Beziehungen, die durch die Hilfsaktion der J.A.F. und durch die Adressen der chinesischen Wissenschaften, Studenten und Professoren zwischen der chinesischen Volks- und Europa angeschlossen werden.

Die Teilnehmer des Kongresses werden um in ihrem Kreise das Interesse für das Volk zu erwecken und Hilfe und Unterstützung zu gewinnen.

Der Kongreß leidet dem chinesischen Volke die
liche Größe und versichert, alles zu tun, um
der A. S. eingeleitete Hilfsaktion zu verbrei-
umfassender zu gestalten.

Der Kongress appelliert an die Leitung der Internationaler Gewerkschaftsinternationale, in dieser Stunde der schwersten Kämpfe und größten Not in China alles Trennende zurückzustellen, die gereichte Hand zu ergreifen und an einer einheitlichen Diskussion mitzuwirken.

Berlin, den 16. August 1925

Für den Kongreß: „Hände weg von China“
Das Präsidium.

Rampfprogramm der englischen Arbeiterpartei

Berlin, 17. August. (Telunion.) Der „Montags-
 morgen“ meldet aus London: Der Kongreß der Unabhän-
 gigen Arbeiterpartei wird am 29. und 30. August in
 London zusammentreten. In der Tagesordnung heißt es,
 daß die Löhne der englischen Arbeiter durchschnittlich um
 1 Pfund erhöht und wenigstens 4 Pfund betragen sollen,
 daß die Arbeitszeit höchstens nicht 44 Stunden überstehen
 dürfe, für die Grubenarbeiter 36 Stunden die Woche.
 Der Kongreß wird außerdem die Nationalisierung der
 Gruben, der Eisenbahnen, der Banken, der Schiffbau-
 industrie und des neuen Grundbesitzes fordern. Schließlich
 der Außenpolitik werden dem Kongreß Entschärfungen
 vorliegen, in denen die Annulierung des Pariser Ver-
 trages und des Dawesabkommens, sowie die Antifizierung
 des englisch-russischen Vertrages verlangt und die Erneu-
 erung eines englischen Gewerkschaftsvertrages zum Ge-
 schäftsträger in Moskau gefordert wird.

Generallstreifbeschlus der Pariser Gewerkschaften

Berlin, 17. August. Der „Montag“ meldet aus Paris: Die Gewerkschaften haben den 24kündigen Generalstreik beschlossen, um den streikenden Bahnbeamten ihre Sympathie zu bezeugen. Das Datum des Generalstreiks sollte am Sonntag in einer Versammlung der Gewerkschaftsleiter noch bestimmt werden.

40630 Mann Verstärkung für Marokko

Paris, 17. August. Der „Montmorgen“ meldet aus Paris: Als dem „Jocelyn“ aus Madrid gemeldet wird, ist die Operation Alhucemas endgültig auf den 24. August anberaumt worden. Die Truppen werden ummit von Gibr. Fria gelandt werden, um die Alhucemas von der Seite her anzugreifen. Alle vorbereitenden Arbeiten seien beendet. So seien an Truppenverfügungen für die Operationen 40 000 Mann vorgelegen.

Neue Besprechungen in Madrid — Die Friedensverhandlungen aufgeben

Madrid, 16. August. (Contin.) Primo de Rivera, der gegenwärtig in Marrocco weil, trifft in den nächsten Tagen in Madrid ein. Wie verlautet, trifft hier erneut wichtige Besprechungen stattfinden, die die französisch spanische Zusammenarbeit in Marrocco, insbesondere über die geplante Offensiven gegen Abd el Krim, zum Gegenstand haben. Rasen ist nach San Sebastian abgereist und wird vom König in seiner Sommerresidenz in Tudienza empfangen werden. Die Friedensverhandlungen, die nach der Einnahme Abd el Krims ins Stoden geraten waren, sind nachträglich aufgegeben worden.

Serous mit Conzatti!

Stetige Demonstrationen in Polen.

22. Wärschen. Am Mittwoch kam es in verschiedenen Städten Polens zu ähnlichen Zusammenstößen zwischen Kommunisten und der Polizei. In verschiedenen Orten wurden auf den Straßen kommunistische Flugblätter verteilt. In einigen Dörfern im Kreise Radosz hielten die Bauern rote Fahnen, wegen der Polizei sofort eingeht und sie mit Gewalt entfernte. In Biastoff wurden heute 120 Personen wegen kommunistischer Umtriebe verhaftet.

SLU
Wir führen

Sachsen

Klassenjustiz!

Von Franz Franz

Die „Dresdener Nachrichten“ bringen einen Artikel von Otto Götter über die französische Klassenjustiz, wo ein Sachse auf Grund falscher Kalkulationen im Jahre 1914 hingerichtet worden ist. Diese Empörung kommt bei ihm auf ab dieser Schandtat, die an einem wehrlosen deutschen Arbeiter verübt worden ist. Das Urteil wurde gefällt in einer Zeit, wo der Nationalitätenhass auf das Äußerste gesteigert war. Auch in Deutschland wurde mit ähnlichen Mitteln gearbeitet. Wir erinnern an die Verfolgung der „Goldhaare“ und an die „vergifteten Brunnen“.

Hierin bleiben sich die Nationalisten aller Schattierungen der einzelnen Länder gleich, wenn es gilt, aus dem Nationalitätenhass „Gold schmelzen“ zu können.

Der Krieg ist seit sieben Jahren zu Ende. Auch die Arbeiterklasse denkt jetzt etwas nüchterner über die Thesen der Nationalisten, mit der die Hirne umnebelt wurden. Die SPD-Führer wollen nicht gerne an ihre damalige Katastrophenpolitik erinnert sein, trotzdem sie heute dieselbe Politik mit anderen Mitteln weiterführen.

Kugensichtlich werden sie sich in der Sozialpolitik in Vorkurs um den Einfluss in den Arbeitermassen nicht zu verlieren.

Wie sieht nun die Klassenjustiz in Deutschland aus?

In Deutschland stehen gegenwärtig keine nationalitätlich aufgerichteten Massen zur Verfügung, die stürmisch die Verurteilung von Ausländern fordern, wie es in dem angeführten Falle der Fall war.

Im Gegensatz dazu arbeitet die deutsche Justiz mit höchst überlegener Berechnung und schickt deutsche Proletarier in die Gefängnisse und Zuchthäuser. Reichen die Strafgesetze nicht aus, werden sie zurecht gebogen, um das Ziel zu erreichen.

Folgendes Beispiel soll der Arbeiterklasse die Gefahr der Klassenjustiz in Sachsen, wo die SPD in der Regierung die Mehrheit hat, signalisieren.

In Freiberg fand der Prozeß gegen die Genossen Moscher statt. Als Zeugen traten die beiden Bauarbeiter Stülpner und Klemm auf, die belastend für die Genossen Moscher auszusagen sollten. Welt dies nicht in dem vom Staatsanwalt gewünschten Sinne geschah, wurden beide verhaftet.

In diesen Verhaftungen war nicht einmal eine formale Rechtsgrundlage vorhanden. Nicht einmal die Auslegungsfälle eines übergeordneten reaktionären Justizsystems reichen aus, um die brutale Willkür des Freiburger Staatsanwalts, die er an wehrlosen Arbeitern ausübte, zu verdecken. Dieser Fall zeigt, wie das Proletariat der Willkür eines Staatsanwalts oder Untersuchungsrichters ausgeliefert ist.

Als Beweismaterial genügt es, wenn der Mann ein Kommunist ist, um ihn verurteilen zu können. Dieser Fall zeigt ganz eindeutig, daß die bürgerliche Gesellschaft jedes Recht verliert, über ausländische Klassenorgane Kritik zu üben, weil die deutsche Justiz in demselben Maße gegen ihre eigenen Parteimitglieder, wenn es sich um revolutionäre Arbeiter handelt, mit denselben Mitteln arbeitet.

Politische Lieberzeugung wird als Kriminalverbrechen behandelt, dagegen werden Moscher und Schieber nach Gesetz und Recht beschützt.

7000
politische Gefangene
sind Opfer der Klassenjustiz! — Du
müßt für ihre Freilassung kämpfen!
Bringt Rote Hilfe!
Sammelt Unterschriften!

Wie sieht die Sozialversicherung in Deutschland und Sowjetrußland aus?

Der rührige „Neue Deutsche Verlag“, Berlin, gibt soeben das Werk eines Praktikers der Sozialversicherung, A. Bichowski, „Die Sozialversicherung in der Union der G.S.R.“ heraus. Hierdurch wird endlich den Kriegsoffizieren, Arbeitsspekern sowie dem Stand der Sozialpolitik in Sowjetrußland in die Hand gegeben. Wir benutzen die Schrift, um eine gebräugte Uebersicht über die Hauptpunkte der Sozialversicherung in Deutschland zu geben.

Organisation.
Deutschland. Zersplitterung in Krankenversicherung, (Allgemeine und berufliche Ortskrankenkassen, Land-, Betriebs-, Innungs- und Erlaukrankenstellen), Unfallversicherung, Invalidenversicherung, Angestelltenversicherung, Erwerbslosenfürsorge, bedingt mehrfache Verwaltungsgarben und unnötige Konkurrenz für die Versicherten.

Rußland. Strenge Zentralisation
a) jeglicher medizinischer Hilfeleistung durch das Volkskommissariat für das Gesundheitswesen;
b) der Auszahlung der Unterstützungsgelder durch die Zentralverwaltung für das Versicherungswesen, dem Arbeitskommissariat unterstellt. Somit Konzentration der gesamten Versorgung der Arbeiter — für alle Arten der Erwerbslosigkeit und Arbeitsunfähigkeit ohne Ausnahme in einem Organ.

Verwaltung.
Deutschland. Teilweise „Selbstverwaltung“ unter Beteiligung der Arbeitgeber, am ausgeprägtesten in der Krankenversicherung; dagegen reine Unternehmerverwaltung der Unfall-

Ob das Moscher- und Schieberum legalisiert oder illegal austritt, bleibt sich im Endes gleich. Ob ein kleiner Schieber durch unfairen Zuzugshandeln die Waren verteuern hilft, ob ein kleiner Moscher die Notlage der arbeitenden Masse ausnützt, oder ob ein deutsches Bankensystem gemeinsam mit ausländischen Banken aus der Liquidation des Einneskammerungsangeheurs Stoffe ergötzen, wird der belastete Teil der arbeitenden Klasse sein. Im letzteren Fall wird die dort belästigte Arbeiterklasse durch Lohnreduzierungen und Maßregelungen am schwersten darunter zu leiden haben.

In allen Fällen sind es Handlungen, die für die Allgemeinheit gemeinschaftlich sind und deshalb strafrechtlich verfolgt werden sollten. Allerdings würde ein Staatsanwalt, der es wagen wollte, gegen die Volkswirtschaftler die nationalisten und internationalen „Bankräuber“ aufzutreten, sofort erledigt werden. Vor dem Kriege wären die Geldinstitute, die solche Wucherzinsen verlangten, wie es heute jedes Bankinstitut tut, mit dem Strafgesetz in Konflikt gekommen. Heute sind diese Wucherzinsen legalisiert und gesetzlich verankert. Nur deshalb ist es verständlich, wenn sich die deutsche Justiz aus Furcht vor der Arbeitslosigkeit in ihren Reihen mit der größten Intensität auf die arbeitende Klasse stürzt, um den Nachweis zu bringen, daß der volle Bestand ihrer Angestellten auch notwendig ist. Die allgemeine Demokratisierung auf wirtschaftlichem Gebiete hat auch vor der deutschen Justiz nicht halt gemacht. Die Ohnmacht der Justiz gegenüber den offenen Korruptionsercheinungen in der gegenwärtig herrschenden Klasse hat nicht nur bei der Arbeiterklasse, sondern bis weit in die bürgerlichen Kreise hinein Erbitterung hervorgerufen.



Die Justiz wird sogar bei Personen mit höherer Einstellung nicht mehr geachtet, sondern nur gesüchtet. Wir als Kommunisten wissen: die Justiz ist ein Organ der jeweiligen herrschenden Klasse und hat das Gesetz so zurechtzulegen, daß sie sich als gute Angehörige erweisen. Aufgabe der Justiz ist es, ihre Urteile so zu verschleiern, damit die arbeitende Klasse getäuscht werden kann. Durch die fanatische Hatz auf das revolutionäre Proletariat wird die bürgerliche Justiz vor der arbeitenden Klasse immer mehr entlarvt.

Der Freiburger Staatsanwalt ist über das Ziel hinausgeschossen und hat damit seinen Klassengegnern einen Vordienst erwiesen. Die anderen sind etwas vorsichtiger. Die Justiz ist ein Instrument der herrschenden Klasse und muß mit ihr verschwinden.

Arbeiterfortschritt in Dönschten
In den stillen Tälern des Erzgebirges beginnt der Arbeiterfortschritt mehr und mehr Fuß zu fassen. Die Arbeiterchaft der Erzgebirges erkennt die Notwendigkeit, die Zeit politischer Scheinruhe dazu zu benutzen, Geist und Körper zu stärken für kommende Kämpfe.

Unter diesem Zeichen beging der Sportverein „Vorwärts“ Dönschten am Sonnabend und Sonntag keine Schwimm- und Luftbad-Weise. Ein alter bewährter, bald veralteter Teich, wurde von der Gemeinde gekauft, und schwelgere Arbeiterhände schufen unter Opfern an Geld und Zeit aus ihm, in einem Jahre ein herrliches Luft- und Schwimmbad.

„Vereinzelt sind wir nichts — vereinigt alles!“
Dieses Wort hat sich die kleine Gemeinde zu eigen gemacht, denn es wäre sonst nicht möglich gewesen, ein derartiges Werk zu schaffen. Herrliches Wetter begünstigte das Fest. Die freien Schwimmer, Radfahrer und Turner von nah und fern mit ihren

Spielmannschaften gaben dem Feste einen proletarischen Charakter. Auch die Jugend durfte nicht fehlen und sie war zahlreich vertreten mit Festwagen und Streikwagen. Der Wasserparade ging die Jugend der Jugend voraus, die die Zukunft der Jugend gewahrt, daß sie nicht durch den festlich gekleideten Ort demagogisch der Jugend verführt wird. Genosse Lohse, der Vorsitzende des Vereins, führte die Arbeiterjugend. Nach verschiedenen Vorführungen der Schwimmvereine, Freizeitsport, Kleinsport, Doppelschwimmen und Dönschten, denen mit großer Interesse gefolgt wurde, endete das Fest am späten Abend. Damit allen denen, die mitgearbeitet haben und dazu beigetragen haben, den Grundstein der Arbeiterportbewegung bis nach den kleinsten Orten des Erzgebirges zu legen. Den Sportgenossen von fern und nah seien wir zu Kampfe zu Trost, kommt in unser kleines Tal, hier könnt ihr euren Körper kräftigen in Sonne und Luft ihn fühlen im Kampfe um unsere gemeinsamen Interessen.

Der Personalabbau in Sachsen
Nachdem das Reichsgesetz über die Einstellung des Personalabbaues am 8. d. M. in Kraft getreten ist, hat der Zentralverband der Angehörigen bei der sächsischen Regierung den Antrag gestellt, auch das sächsische Personalabbaugesetz vom 20. Januar 1924 aufzuheben. Da die Einstellung des Personalabbaues nur durch Gesetz erfolgen kann, der Landtag aber am 1. November wieder zusammentritt, ist das Ministerium des Innern ersucht worden, eine öffentliche Bekanntmachung zu erlassen, nach der für die Angehörigen die Anwendung der Abbaugesetze mungen zu unterbleiben hat.

Stromabgabe der Aktiengesellschaft Sächsische Werke an die Landströmwerke Altenburg.
Anfang August wurde die neue Anschließung des Werkes der sächsischen Landesstromversorgung an das Kraftwerk Altenburg i. Thür. der Landströmwerke Altenburg probeweise von 1000 aus unter Spannung gelegt; bald darauf konnte auch die erste Stromlieferung aufgenommen werden. Damit ist in der Stromversorgung der Landesstromversorgung ein wichtiger Schritt vorwärts getan worden. Nachdem bereits im Jahre 1924 die Parallelschaltung mit dem Kraftwerk Altenburg i. Thür. erfolgte, ist nunmehr auch in der Altenburger Gegend der Strom mit einem Thüringer Unternehmen verbunden.

Unbekannter Tote. Dresden, 13. August. Am 13. d. M. hat sich in Thelma bei Leipzig ein unbekannter, circa 40 Jahre alter Mann vom Eisenbahnzuge überfahren lassen. Der Tote konnte, dessen Verbleib bis jetzt noch nicht festgestellt werden konnte, ist von mittlerer Figur, 1,65 Meter groß, hat dunkelblondes Haar, blaue, hellbraune Augen, kleinen dunkelbraunen Schnurrbart, vollständige Zähne, ockeres Gesicht und rechteckige Seitenbrustoperationen. Bekleidet war er mit grauem Jackettanzug, von blassen blauen Streifen durchzogen, blaue Kapitänsmütze, deren Futter den Namen „Elite“ enthält, dunkelbraune Oberhemd, blaues Schloß, rotbraunen Strümpfen und neuen braunen Schuhen. Außerdem hatte er zwei Taschenrührer und zwar ein grünes mit blauer Kante und ein silbernes bei sich. Ein Lichtbild des Toten hängt im Schaukasten des Polizeipräsidiums Dresden aus. Sachdienliche Mitteilungen über die Personlichkeit des Toten erbittet das Polizeipräsidium, Zentralstelle für Vermisste und unbekannte Tote, Dresden, Schlegelstraße 7, 3. Et., Zimmer 204.

Staatliche Kraftomnibus Dresden-Plauen i. R. Am 8. wird ein neuer dreifachster Großomnibus der Staatlichen Kraftwagenverwaltung von Dresden nach Plauen i. R. überführt. Der Wagen fährt 9 Uhr vormittags in Dresden Rasterei (Hauptbahnhof) weg. Soweit Sitzplätze verfügbar sind, werden Nachgäste mitgenommen. Die Fahrpreise betragen für die ganze Strecke Dresden-Plauen i. R. 8 M., für die Strecke Dresden-Weidenau 6 M., für die Strecke Dresden-Chemnitz 4 M. Der Wagen hat Pultbereifung, so daß ein angenehmes, ruhiges Fahren gewährleistet ist. Kartenverkauf nur in der Geschäftsstelle der Staatlichen Kraftwagenverwaltung, Dresden, Königsplatz 15, Jernstr. 44011, wo auch bereitwillig Auskunft erteilt wird.

Genosse und Genossin hast du schon in diesem Monat an die Inhaftierten Klassen genossen gedacht?

Rußland. Jegliche medizinische Hilfe bis zur ersten Feststellung der Inhabilität von einer Stelle aus für die Versicherten sowie deren Familienangehörigen.

b) Wochenhilfe.
Deutschland. Durch Krankentafeln meistens nützende Wochenhilfe; z. B. für Familienangehörige Entbindungsbeitrag 25 M., Wochenlohn für 10 Wochen täglich 10 M., Stillschuld für 12 Wochen täglich 10 M., abhängig von bestimmter Dauer der Mitgliedschaft. Nichtversicherte bei Bedürftigkeit durch die Gemeinde („Vorsorge“-Rücknahme).

Rußland. Unterstützung in Höhe des tatsächlichen Arbeitsverdienstes acht Wochen vor und acht Wochen nach der Niederkunft für Versicherte, die schwere körperliche Arbeit verrichten; in den übrigen Fällen sechs Wochen vor und sechs Wochen nach der Niederkunft. Freie ärztliche Hilfe bei der Entbindung, einmalige Unterstützung zur Anschaffung einer Kinderzustattung in der Höhe eines halben Durchschnittsmonatslohnes. Monatliches Stillschuld für neun Monate in der Höhe eines Viertels der vorausgegangenen Unterstützung.

c) Unterstützung bei vorübergehender Arbeitsunfähigkeit.
Deutschland. Günstigenfalls 50-60 Prozent des verdienten Lohnes bei Arbeitsunfähigkeit durch Krankheit; in der Regel am vierten Krankentage für sieben Wochentage gezahlt. Nach 26 Wochen minimale Krankenzahlung durch die Invaliden- resp. Angestelltenversicherung.
Rußland. Den vollen tatsächlichen Arbeitslohn für familiäre Krankheitsstage außer den Feiertagen. Jedoch nicht nur bei Krankheit, sondern auch bei Quarantäne des Arbeiters (bei einer ansteckenden Krankheit eines Familienmitgliedes); bei der Pflege eines erkrankten Familienmitgliedes (bis zur Überführung in ein Krankenhaus).

Rüstet zur Presse-Werbewoche
vom 20. bis 31. August

Sowjet-Rußland in den Augen

von Karl Rautsky

der englischen Gewerkschafts-Delegation

Seit dem Weltkrieg und noch mehr seit der bolschewistischen Revolution in Rußland ist dessen Beschaffenheit sehr verschieden. Unter diesen Umständen ist es schwer zu sagen, ob die Wirtschaft der Sowjetunion zu einer demokratischen Erhebung führen wird, die mit einem Schloß das ganze Staatsgebiet ergreift — und eine solche Erhebung kann liegen —, oder ob es sich um eine Verwässerung des Staatswesens handelt, von denen jeder einzelne Verwässerungsbegriff verschieden ist, wie sie heute schon in Rußland alljährlich und auch unter dem Jarentum, selbst zur Zeit seiner härtesten Nacht, alljährlich waren.

Im letzten Jahre ging das bolschewistische russische Volk nicht einer Revolution, sondern zunehmender Verkommenheit entgegen — etwa nach der Art der Türkei des vorigen Jahrhunderts.

Die Internationale Sowjet-Rußland, Seite 20 und 21.

Wissener noch als die theoretische Ermüdung war eine praktische. Das bolschewistische Regime bedeutete praktisch nicht den Aufbau einer neuen, höheren, vom Kapital unabhängigen Produktionsweise, sondern bloß die Verwässerung der bestehenden Verwässerung des Staatswesens. Rußland, dem Staat zu tun, haben sie ihre nächste Rettung darin, das sie rußland weiter zu plündern, was sie wieder die Weltrevolution brauchten, also den offenen oder verdeckten Krieg gegen die Völker des Auslandes. Dieser tatsächliche, wenn auch nicht immer ausgesprochene Kriegszustand bedeutete die Verwässerung Rußland von der Außenwelt." (Seite 22.)

Die sehen ein paar nette, freundliche Kinder, die sie sehen, und leben nicht die Tausende und Zehntausende von Kindern, die geschloffen, die Tausende und Zehntausende von Kindern, die von den Universitäten vertrieben, die Tausende und Zehntausende von Kindern, die dem Verhungern preisgegeben wurden.

Und noch eins sehen sie nicht, weder bei den neuen Kindern, noch bei den anderen angenehmen Einrichtungen in Rußland. Solche Einrichtungen bleiben fast ausschließlich den Kommunisten vorbehalten, der heutigen privilegierten Klasse im russischen Reich, die allen Grund haben, zu behaupten, daß sie sich sehr wohl fühlen.

Sehen ihnen sind es nur noch einige Günstlinge und reiche Kinder, die an den angenehmen Einrichtungen Anteil haben." (Seite 28.)

Überdies holt Rußland dem Kapital noch immer einige Vorteile ein, obwohl das Proletariat dort weniger zu sagen hat als in kapitalistischen Ländern. Eine der Ursachen, die es gibt, ist, daß in Ländern des orientalischen Despotismus eine kapitalistische Produktion aufkommt, ist die Rechtsunsicherheit der Unterthanen gegenüber der Regierung, die jederzeit die Möglichkeit hat, jedem Besitzenden so viel zu nehmen, als ihr beliebt. Solche Länder sind dort für gewöhnliche Staatsbürger, nicht für die Völker. Die Rechtsunsicherheit für Menschen und Völker ist auch noch in Sowjet-Rußland. Sie ist hauptsächlich deswegen, was meinen Kindern als „Sozialismus“ erscheint." (Seite 32.)

Auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens sind die Interessen gekürzt. Aber für zwei Gebiete hat die Kunst der Zensur, die sie so lange und mit solchem Erfolg unter dem Jarentum betrieben, sie gut vorbereitet: für die Organisation der Polizei und der Armee." (Seite 39.)

Es gibt in Amerika zahlreiche Millionen, die in ihrer Jugend an den ärmsten Proletariats gehörten. Ihre proletarische Erziehung hindert sie nicht daran, später die Kruppligkeiten, harterkämpften Ausbeuter des Proletariats zu werden. Dasselbe haben wir bei den Bolschewisten. Daß sie aus proletarischen Erziehungsbegriffen zu unumkehrbarer Macht aufstiegen, ist nicht, daß sie proletarisch denken und Wert auf die Schöpfung des Proletariats legen, sondern nur, daß sie sich von anderen herrschenden Klassen durch besondere Raffinesse und Schamlosigkeit auszeichnen. Das ist das Kennzeichen aller Vandalen, den abgelehnten von vereinzelten Sonnenfinsternissen und Genies vermischt es nur besonders gewöhnliche und brutale Elemente der Vandalen, über die Reichen von Kameraden hinweg zu fahrlässigem Reichtum oder unumkehrbarer Macht zu gelangen." (Seite 15.)

Wie zur Zeit des Jarentums ist heute wieder der Kampf gegen den Despotismus, der das Volk Rußlands und der von ihm eroberten Gebiete bedrückt und auslöst und das Proletariat aller Länder schwächt und kampfunfähig macht, eine wichtige Pflicht des gesamten internationalen Proletariats. Heute wird dieser Despotismus durch den Bolschewismus abgelöst, der aus dem Kämpfer der Revolution zu ihrem Totengräber

wurde und heute nur noch gegenrevolutionäre Funktionen ausübt." (Seite 33.)

Die Delegation ist der Meinung, daß das System der Sowjet-Verfassung und ihr Plan von Verfassung und Bürgerrechten weit davon entfernt ist, undemokratisch im weitesten Sinne des Wortes zu sein; vielmehr gibt es in vieler Beziehung dem Individualismus eine weitere und vernünftige Gelegenheit der Teilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten als das parlamentarische und Partei-Regime. In anderer Beziehung ist diese Teilnahme noch streng unterdrückt. Das System ist sehr unterdrückt Kontrolle seiner Urheber mit der Willkürigen Zustimmung der ungeheuren Mehrheit der Wähler. Diese Zustimmung ist erreicht worden, teilweise durch die Energie und Geschicklichkeit, mit der die Führer dem Land halfen, eine Krise nach der anderen zu überwinden, und zum Teil durch die Popularität gegen die Pläne der Revolution. Doch ist dieses Verhalten in der Macht des Regimes früherer Verhältnisse, nicht der gegenwärtigen Verfassung. Unter dieser Verfassung gibt es sicherlich ebenso große und vielleicht größere Möglichkeiten als anderswo zur Verwirklichung einer Volksregierung, politischen Friedens und sozialen Fortschritts.

(Bericht der englischen Gewerkschaftsdelegation, Seite 17.)

Aus diesem naturgemäßen unvollständigen Überblick über das sowjetistische Erziehungssystem kann man erkennen, daß dem Arbeiter, ohne Rücksicht auf seinen Beruf, jede Gelegenheit und jede Anregung gegeben wird, die beste Bildung auf allen Gebieten der Kunst, Industrie, Wissenschaft oder Literatur zu erhalten, für die sie Begabung in sich fühlen. Die Resultate, die die Delegation in allen von ihr besuchten Bezirken feststellte, waren ohne Zweifel erstaunlich, besonders wenn man in Betracht zieht, daß das ganze System noch nicht einmal volle drei Jahre in Kraft ist. Viele dieser Arbeiter hatten keinerlei Bildung, die Freiheit zu verlieren, in der sie ihr ganzes Leben lang gearbeitet hatten, oder ihr Leben in irgendeiner Weise zu ändern. Aber die Schulung, die sie in den Gewerkschaftsschulen und anderen Institutionen erhielten, vermittelte ihnen eine ganz neue Weltanschauung und machte ihre freien Erfindungen zu einem Vergnügen. Andere erhielten auf diesem Wege die Möglichkeit, eine unbefriedigende, alljährlich gewordene Arbeit aufzugeben und sich einem Beruf zu widmen, für den sie Talent und Neigung empfanden. Ein Bauer oder ein Arbeiter kann durch eigene Energie mit der Hilfe, die ihm das System bietet, in seinem Beruf aufsteigen oder eine andere Beschäftigung wählen. Die Antriebe gegen unsere Zivilisation wegen der vergeblichen und schlummernden Talente, die als Sklaven wegen fehlender Geldmittel nicht ausbilden konnten, scheint unter den Arbeitern Rußlands sehr selten zu werden. (Seite 198.)

Im Hinblick auf die Informationen, die in den vorhergehenden Kapiteln enthalten sind, die die Delegation aus Quellen und auf Wegen beschaffte, die ihr das Vertrauen zu ihrer allgemeinen Genauigkeit gaben, ist sie zu folgenden Schlussfolgerungen gekommen:

Die UdSSR ist ein harter und harter Staat. Die Regierung führt sich in erster Linie auf ein System des Sozialismus, das die aktive Unterdrückung der großen Mehrheit der Arbeiter und keine Ausnahme bei einer gleichzeitigen großen Majorität der Bauern findet; zweitens führt sie sich auf einen föderativen Aufbau, der den nationalen und territorialen Minderheiten politische, kulturelle und sehr weitgehende politische Freiheiten gewährt, abgesehen von voller Religionsfreiheit; die Majorität der Regierung ist, abgesehen von Grundbesitzern, ist von der anderen Seite, gut zu arbeiten. Die durch sie ausgeübte Herrschaft ist nicht nur besser als jede andere, die Rußland je gehabt hat, sondern sie hat auch Aufgaben erfüllt und erfüllt sie noch, vor denen andere, ältere Staatsformen verlegen haben und noch verlegen.

Die Delegation hat sich überzeugt, daß diese guten Resultate mit Ausnahme einer sehr kleinen Minderheit alle Einwohner dazu gebracht haben, auf das Recht der Opposition zu verzichten, das in anderen Ländern zur politischen Freiheit unentbehrlich ist. Die Beilegung dieses Rechts ist auf seinen Widerstand gekommen, teils deshalb, weil dieses Recht unter dem Sowjetismus durch andere, wertvollere ersetzt worden ist, und teils deshalb, weil die jüngste Entwicklung sich in der Richtung auf seine Wiedereinführung bewegt. Schließlich hat die Meinung, daß das Ganze ein Beginnen von höchstem Interesse ist, das wohl das ausländische Studium lohnt, und eine neue Entwicklung, die durch ausländische Unterstützung sehr gefördert werden kann.

Herbert Smith, Ben Liffel, John Turner, John Brown, Alan Findlay, Albert Parcell, Vorsitzender, Fred Brown, Sekretär, Harold Greenfield, H. A. Mc. Donell, George Young.

10. ordentlicher Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter in Frankfurt am Main

399

4. Verhandlungstag

Ju Punkt 6 der Tagesordnung: „Die Bildungsaufgaben unserer Organisation“ spricht Redakteur Dittmar. Zur Durchführung der Mitglieder schlägt er verschiedene Kurse vor und beantragt Anstellung eines Bildungsleiters.

(In keinem Kreis fehlt die programmatische Ausarbeitung des Gegenstandes zwischen proletarischer und bürgerlicher Bildung, fehlt ein direkter Hinweis über die nächsten konkreten Bildungsarbeiten, die Themen zur Heranbildung der Gewerkschaftsmitglieder.)

An der nachfolgenden Diskussion beteiligen sich Weininger, Dittmar und Koch-Friedrich, der besonders die Verbindung der Bildungsarbeit mit den täglichen Fragen des Lebens der Arbeiterklasse betont, weil für seine Bildungsfragen die erwachsene Arbeiterklasse wenig zu gewinnen ist.

Genosse Wilschke-Herz betont, daß die Kernfrage der Bildungsarbeit der Gewerkschaften die marxistische Schulung und Heranbildung der Mitglieder der Schulung der Arbeiterklasse im Sinne des Klassenkampfes sein muß. Weiter geht er auf die Alltagsfrage ein, die ebenfalls in der Bildungsfrage eine Rolle spielt, und hebt die wirtschaftlichen und kulturellen Schäden des Alkoholismus für die Arbeiterklasse hervor.

Ein weiterer Diskussionsredner aus Köln weist auf die Wichtigkeit der Betriebsratfrage hin und verlangt besonderes Material zur Heranbildung der Betriebsräte.

Es folgen Schönborn-Saarbrücken, Petersen-Berlin, der kurze Vortrag verlangt, da längere Vorträge auf wenig Interesse bei der Arbeiterklasse führen.

Im Schlußwort bringt Dittmar nichts mehr wesentlich Neues.

Nach der Mittagspause wird auf Antrag des Genossen Neumann-Hamburg anlässlich des 25jährigen Todesjahres des alten Kampfers Wilhelm Liebknecht eine Entschließung angenommen, die den Verbandstag verpflichtet, im Sinne des Kampfers weiter für die Vertiefung des Sozialismus zu wirken.

Tonach referierte über das Tarifrecht in öffentlichen Betrieben Dr. Neumann-Frankfurt a. M.

Einleitend geht er in Anbetracht der Tatsache der hiesigen Tariffrage von Seiten der Unternehmer auf die Frage der Autonomie und der Rechtshoheit der Gewerkschaften ein: Er erörtert weiter die Frage des Organisationszwanges, d. h., ob auch den gewerkschaftlich unorganisierten Arbeitern das Tarifrecht zusteht. Er polemisiert weiter gegen die Auffassung, die sich gegen den Zwangsarbeitsvertrag wendet. Der Zwangsarbeitsvertrag ist nicht legitim, es komme nur auf den Inhalt des Rechts an. Zum Schluß seiner Ausführungen tritt er aber doch selbst unter dem heutigen Verhältnisse für die Beilegung des Zwangsarbeitsvertrages ein. Der Zwangsarbeitsvertrag ist nicht das Ziel, aber ein Mittel, es ein, dadurch, die Unternehmer die Gewerkschaften vorwiegend verantwortlich machen. Vor dem Kriege stand die Sozialdemokratie grundsätzlich in Opposition zum Staat. Heute ist dies nicht mehr der Fall, darum ist es auch falsch, grundsätzlich den Zwangsarbeitsvertrag abzulehnen. Er gibt zu, daß zwar die Schlichter nicht immer (!) in allen Fragen (!) die Interessen der Arbeiter vertreten haben, und hofft, wenn alle Arbeiter in dem vorgetragenen Sinne wirken, in Jahrzehnten doch zu einem wirklich im Interesse der Arbeiter liegenden Tarifrecht zu kommen.

Nach einer kurzen Diskussion und dem Schlußwort, in dem nichts Neues zur Erörterung kommt, referiert der Sozialdemokrat Friedrich über den 8. Punkt der Tagesordnung: „Arbeiterpolitik in Reich, Staat und Gemeinde“. In seinem ziemlich langatmigen Referat muß er feststellen, daß die wirtschaftliche Lage der Arbeiter auch in den Gemeinden noch weitestgehend hinter der von 1914 verbleibt. So verdient in Berlin im Dezember 1924 ein gelernter Arbeiter in Gruppe 3 nur 87 Prozent des Reallohnes von 1914, ein nichtgelernter mit 67 Prozent und 70 Prozent des Reallohnes von 1914. Die Frage der Arbeiterpolitik ist der Kampf um die wirtschaftliche und politische Macht. Solange diese nicht besteht, stehen alle Forderungen auf dem Papier. Wie er aber denkt, diese realen Worte in die Tat umzusetzen, geht aus der von ihm vorgetragenen Entschließung hervor. In der Entschließung fehlt jedes Wort vom Klassenkampf und es heißt mitleidig darin:

„Die Reichs-, Staats- und Gemeindearbeiter sind sich bewußt, daß sie ihr Ziel nur erreichen können durch Stärkung ihrer Gewerkschaften und durch Verwirklichung ihres politischen Einflusses im Parlament und in den Verwaltungen.“

In der Diskussion wird von verschiedenen Diskussionsrednern darauf hingewiesen, daß oft die sozialdemokratischen Vertreter bei Übernahme von öffentlichen Ämtern große Versprechungen gemacht haben, die sie nicht hielten, wodurch große Enttäuschungen in den Reihen der Arbeiterklasse entstanden.

Zur Abkündigung der vorgelagerten Erklärung beantragt ein Berliner Genosse einen Zusatzantrag, der den hiesigen Kampf gegen die kapitalistische Presse verlangt, um so der Resolution noch einen Inhalt zu geben. Dieser Antrag wird auf Betreiben des Vorstandes abgelehnt und die Entschließung angenommen.

Verlag: „Arbeiterstimme“ Dresden. — Druck: „Neubau“ Filiale Dresden. — Verantwortlicher Redakteur: Rudolf Kerner. Dresden.

DER SUMPF

Roman von Upton Sinclair

Neubearbeitung

Der Roman über den Kampf des kleinen Mannes gegen die amerikanischen Kapitalisten, der in der ersten Ausgabe, herausgegeben von der Verlagsanstalt, erschienen ist, hat sich in der Zwischenzeit, besonders durch die Übersetzung, verbreitet.

(64. Fortsetzung)

Früher war Jurgis damit zufrieden gewesen, auf eine Türschwelle zu schlafen, hatte sich glücklich gewöhnt, wenn er am Tag fünfzehn Cents verdiente. Heute aber verlegte es ihn nach allerlei Dingen, er war unglücklich, konnte er sie nicht haben. Er mußte trinken, trinken, um des Alkohols willen, diese Begierde befriedigte alles andere, nicht ihm den letzten Cent aus der Tasche. Wieder belagerte er die Türe der Fabrik, doch hatte es, leidens er in Chicago lebte, noch nie so schlechte Arbeitsverhältnisse gegeben. Abgesehen von der üblichen Zahl der Arbeiter, hatte der Streik hunderttausend Männer und Frauen auf die Straße geworfen, in Chicago allein suchten zwanzigtausend Arbeit. Nach zehn Tagen blieben Jurgis nur noch ein paar Cents, und er hatte noch immer keine Stelle gefunden. An Händen und Füßen gefesselt, hatte er auch nicht in das geistliche Antlitz des Hungers. Wilde, nackte Furcht hatte sich seiner bemächtigt, verließ ihn nicht mehr, zeigte an ihm. Er wird verhungern! Schon kreuzte der Elendsstiefel die schuppigen Arme nach ihm aus, betrachtete ihn, der heisse Atem schlug ihm ins Gesicht, bisweilen schrie Jurgis laut auf in seiner Todesangst, er dachte des Rucksacks, der ihm um die Schultern hing, dachte an den anderen, um Arbeit bettelnd, doch gab es Hunderte gleiches. Vor ihnen lag Ueberflut und Reichtum, aber die Hand der Behörde schaute sie fort. Es gibt ein Gesetz, wo sich der Mensch hinter dem Gitter befindet, und alles, was er begehrt, draußen ist, aber es gibt auch

ein zweites, wo die Dinge hinter dem Gitter liegen und der Mensch draußen steht.

Seit Tagen lebte er nur mehr von altsbackenem Brot, der Hunger fraß an seinen Eingeweiden, er wurde immer schwächer. Da widerfuhr ihm etwas, das ihm schier das Herz brach. Ein Aufseher bot ihm Arbeit an, schickte ihn dann wieder fort, weil er nicht stark genug war. Jurgis sah, wie sofort ein anderer seine Stelle einnahm, griff nach seinem Rod, schritt fort. Er mußte sich zusammennehmen, um nicht wie ein Kind zu weinen. Er war verloren, war verdammt, für ihn gab es keine Hoffnung. Jurgis versuchte unglücklich, was seine Angst, er schaute laut, beschloß, am Abend, wenn es dunkel, wiederzukommen, dem Schurken zu beweisen, daß seine Arme noch kräftig sind.

Plötzlich einsehende Kälte erschauerte nach sein Los. Eines Abends, nachdem er den ganzen Tag vergeblich gebettelt hatte, sah er eine alte Dame aus der Tram steigen, half ihr Pakete und Regenschirm herausnehmen und erzählte seine klagliche Geschichte. Nachdem er alle mitrührenden Fragen zu ihrer Zufriedenheit beantwortet hatte, führte sie ihn in ein Restaurant, zahlte ihm ein Essen. Jurgis schlang Suppe und Brot hinab, Rindfleisch, Kartoffeln und Bohnen, und verließ das Restaurant mit dem Gefühl, seine ganze Haut sei zum Wachen ausgefüllt. Er schritt dahin, durch Nacht und Regen, sah plötzlich vor sich flammende rote Lichter, vernahm die Musik einer Blasorchester, sein Herz pochte auf, er rannte in die Richtung der Lichter — mußte, hier werde ein politisches Meeting abgehalten. Er gelangte in eine große, mit Fahnen und bunten Tüchern geschmückte Halle. Der Vorsitzende sprach einleitende Worte, und dann trat zu Jurgis' Überraschung Senator Sporeshanks vor, der gleiche, der in den Schlachthöfen in der „Republikanischen Vereinigung“ zugestanden von Sklaven republikanischen Freund gesprochen hatte. Der Anblick des Senators trieb Jurgis fast Tränen in die Augen. Was für eine Qual war es, der goldenen Stun-

den zu gedenken, da auch er im Schatten des Goldbaumes geflossen, zu den Auserwählten gehört hatte, von denen das Land regiert wird. Auch in dieser Nacht schienen die Republikaner das meiste Geld zu haben; wäre nicht der ungeliebte Zwischenfall gewesen, er hätte daran teilhaben können, wäre nicht das gewesen, was er heute ist.

Der bereite Senator erklärte das Zollsystem, ein herrliches System, vermittelte dessen der Proletariat dem Fabrikanten gestattet, die Preise zu erhöhen, damit auch die Löhne erhöht werden, das heißt, er nimmt mit der einen Hand das Geld aus der Tasche und legt mit der anderen eine kleinere Summe wieder hinein. Für den Senator war das Zollsystem gleichbedeutend mit den höchsten Wahrheiten des Weltalls.

Die Musik setzte ein, und Jurgis fuhr auf. Selbstamer Weise hatte er sich während der Rede wirklich angestrengt, um zu verstehen, was der Senator eigentlich sagte — um den Wohlstand Amerikas, die ungeheure Ausdehnung des amerikanischen Handels, die Zukunft der Republik im Stillen Ozean und Südamerika zu erfassen. Er wollte nämlich noch bleiben! Warte, er werde, schlief er ein, laut schnarchen. Aber die Halle war warm, er hatte ein reichliches Mahl im Magen, sah so bequem. Die Gestalt des Senators begann zu verschwimmen. Einmal gab ihm sein Nachbar einen zornigen Ruck, Jurgis setzte sich auf, versuchte, ein unheimlich erkanntes Gesicht zu machen, dann aber schlief er wieder ein, schnarchte wie eine Eide, bis er schließlich von der ergrünten Menge in die Ränge hinausgeworfen wurde. Er trock unter eine Türe und hielt fest, daß er weder verlegt noch verhaftet worden sei. Seine fluchend überlegte er, was er nun anfangen sollte; er hatte kein Geld, kein Obdach für die Nacht, wurde betteln müssen.

Den Kopf zwischen die Schultern gezogen, unter den Beifrieden des eifigen Regens schauernd, machte er sich auf den Weg.

(Fortsetzung folgt)

